

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebthz Gemeindevorstands-Girokonto: Bad Schandau 12 — Bankkonto: Dresdner Bank, Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Druckschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 20 Gold-Msg., für Selbstabholer 80 Gold-Msg. Einz. Nummer 10 Gold-Msg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nacherschneiden einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingießhabel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gebaltene 35 mm breite Beilagen 15 Bfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Bfg., 85 mm breite Beilagen 80 Bfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt  
Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Nr. 123

Bad Schandau Freitag, den 29. Mai 1925

69. Jahrg.

## Für eilige Leser.

\* Vom 1. Juni ab bedürfen Danziger Staatsangehörige, die sich durch einen gültigen Paß als solche ausweisen, keines Sichtvermerkes mehr weder bei der Einreise nach noch bei der Ausreise aus Deutschland.

\* Die Wiener Universität wurde wegen Schlägereien unter den Studenten aus politischem Anlaß vorläufig geschlossen.

## Die Reichsregierung reicht beim Völkerbundsekretariat Verträge und Abkommen ein.

Berlin, 29. Mai. Die Reichsregierung hat zum Zwecke der Eintragung und Veröffentlichung durch das Völkerbundsekretariat eine Reihe von Verträgen und Abkommen eingereicht.

1. Den Vertrag von Opatowitz vom 15. 5. 1922, der die Uebergabe des deutschen Staatseigentums sowie die Verwaltung von Polnisch-Oberschlesien regelt.
2. Den Vertrag von Dresden vom 18. Dezember 1922 über die Abrechnung der während des Krieges ausgegebenen Banknoten.
3. Den Vertrag von Dresden vom 21. Dezember 1922, der eine vorläufige Aufhebung der doppelten Besteuerung vorsieht, und
4. Das Abkommen von Weizsäcker, das am 10. Juli 1923 abgeschlossen wurde und eine Reihe von Ausführungsbestimmungen für den deutsch-polnischen Vertrag über Oberschlesien enthält.

## Das Arbeitsprogramm des Völkerbundesrates.

London, 28. Mai. Am 28. Juni wird unter dem Vorsitz von Quinones de Leon die 34. Sitzung des Völkerbundesrates in Genf eröffnet werden.

Wie der Vertreter der U. von zuständiger Stelle erfährt, soll u. a. über ein neues System zur Handhabung der militärischen Kontrolle in der entmilitarisierten Rheinlandzone beraten werden. Ueber das Untersuchungsrecht des Völkerbundes in Rüstungsfragen in ehemals feindlichen Ländern wird ein von dem Generalsekretär des Völkerbundes entworfener Bericht geprüft werden. Die Entscheidung über die Völkerbundskontrolle in entmilitarisierten Rheinlande hänge zum Teil von dem Ergebnis der gegenwärtigen Sicherheitsverhandlungen ab. Man hält es für zweifelhaft, daß der Völkerbund etwas anderes tun werde, als seine Untersuchung bis zu einer späteren Sitzung zu verschieben. Der Völkerbund wird die vom Internationalen Schiedsgerichtshof getroffene Entscheidung über die Frage der polnischen Briefkästen in Danzig zur Kenntnis nehmen. Der spanische Vertreter beim Völkerbundsrat und Berichterstatter über alle Danziger Fragen wird ein Verfahren vorschlagen, nach dem künftig alle Auseinandersetzungen zwischen Polen und der freien Stadt entschieden werden sollen. Möglichst soll ein direktes Abkommen zwischen den beiden Parteien veranlaßt werden, um zu vermeiden, daß sich aus rein technischen Fragen politische Streitfragen entwickeln. Die Saarfrage wird kaum erörtert werden. Dagegen sollen die Berichte der Generalkommissare des Völkerbundes in Wien und Budapest über den finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs und Ungarns zur Besprechung kommen. Auf die Bitte der österreichischen Regierung wird auch die Untersuchung des Völkerbundes über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und den Nachbarstaaten behandelt. Ebenso soll die Ueberleitung der sozialen Versicherungsfonds in den von Deutschland an Polen abgetretenen ober-schlesischen Gebieten beraten werden.

## Silfsexpedition für Amundsen.

New York, 29. Mai. Das Hilfskomitee für Amundsen hat am ersten Tage der öffentlichen Sammlung 465 000 Dollar zusammengebracht. Am Sonnabend werden voraussichtlich drei Züge, darunter der bekannte Weltflieger Smith an Bord des Dampfers „Navarra“ nach Spitzbergen abreisen, um von dort im Flugzeuge auf die Suche nach Amundsen zu gehen.

## Die Instruktionen Amundsens.

New York, 28. Mai. (Kabeldienst der U.) Die Worte erhält einen Funkspruch von der „Farn“, der besagt, daß heute an die Mannschaft beider Begleiterschiffe Instruktionen Amundsens ausgegeben wurden. Danach sollen „Farn“ und „Hoppy“ 14 Tage bei Danes-Inseln und Amsterdams-Inseln warten, dann nordwärts fahren und vier Wochen an der Eisgrenze kreuzen. Der Funkspruch erklärt, aus dem Dokument gehe hervor, daß Amundsen beim Antritt seines Fluges mit der Möglichkeit einer Verzögerung gerechnet habe und zwar deswegen, weil er annahm, das Benzin könne ihm an der Eisgrenze ausgehen.

## Fortsetzung der Marokkodebatte in Paris.

Paris, 28. Mai. Die Kammer hat heute die Aussprache über Marokko fortgesetzt. Der Kriegsminister Maginot erhielt als erster Redner das Wort. Er sagte, daß er im April 1925 den Befehl zur Besetzung der Uergahlinie erteilt habe. Marschall Lyautey habe diese Operation zur Stabilisierung seiner Front für unerlässlich gehalten und nach seinem Bericht vom 22. März 1925 darauf hingewiesen, daß die Besetzung der Linie ohne Verluste verlaufen würde. Von einem Einbruch in das

## Bertragung des Reichstages

### Gesler über die Reichswehr.

(68. Sitzung.) OB. Berlin, 28. Mai.

Der Reichstag hatte zunächst einige bei der Beratung des Landwirtschaftsetats zurückgestellte Bestimmungen nach. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach aus den Überschüssen der Reichsgetreidekasse 5 Millionen für Zwecke der Kindererziehung verwendet werden sollen. Dann wurde die zweite Beratung des

### Etat des Reichswehrministeriums

fortgesetzt. Reichswehrminister Dr. Gessler ging dabei zunächst auf die Kritik ein, die an der Höhe der Ausgaben für die Reichswehr geübt worden sei. Wenn man die Kosten vermindern wolle, so meinte der Minister, so muß man entweder unter das heruntergehen, was selbst die Entente als notwendig für Deutschland betrachtet hätte, oder man muß bei den einzelnen Posten nachsehen, daß zuviel gezahlt wird. Schon jetzt macht es die größten Schwierigkeiten, angesichts der verminderten Ansichten des Offizierberufes tüchtige Offiziere bei der Reichswehr zu halten, vor allem vermögenslose Offiziere. Die große Zahl der bemängelten Chargen erkläre sich sehr einfach aus den besonderen Verhältnissen der Reichswehr im Gegensatz zum alten Heere. Wenn ein Mann 12 Jahre in der Reichswehr diene, dann solle er natürlich nach einer gewissen Zeit befördert werden. In der Ausübung werde wirklich kein übermäßiger Aufwand getrieben. Die Hauptaufgabe der deutschen Reichswehr sei der Schutz der deutschen Grenzen.

### Die deutsche Politik sei friedfertig.

Deutschland sei gern bereit, mit der Entente Sicherheitsvereinbarungen für den gegenseitigen Schutz der Grenzen abzuschließen. Solange das nicht geschehe, habe der Reichswehrminister die Verpflichtung, mit der Reichswehr dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht zum Kampfplatz oder zur Clappe fremder Heere wird. (Lebhafte Beifall.) Das Gerüde von geheimen deutschen Rüstungen sei lächerlich. Ein Volk, das heimlich rüsten wolle, müsse anders aussehen als das deutsche. Das deutsche sei viel zu arm und zu schwach. Die Franzosen müßten militärische Spielereien mit ersten militärischen Rüstungen verwechseln. Es sei richtig, daß die Reichswehr im Herbst 1923 freiwillig eingestellt und die total erschöpfte Munition bis zu der durch den Versailler Vertrag gegebenen Grenze ergänzt habe. Wie wenig geheim das gewesen sei, gehe daraus hervor, daß er damals im Kabinett beantragt habe, diese Dinge offiziell der Entente mitzuteilen. Dieser Antrag sei leider nicht angenommen worden. Er hätte nichts gegen einen vernünftigen Pazifismus. Die große Heeresvorlage in Frankreich, die weit über das frühere deutsche Hindenburg-Programm hinausginge, sei von Herriot und seinem Linkslinien gemacht worden. Deutschland würde ehrlich an jedem System der Abrüstung und Verständigung mitarbeiten, aber

### das Opfer der deutschen Freiheit dürfe keiner fordern.

Die früheren Beschuldigungen von schwarzer Reichswehr hätten sich sämtlich als haltlos ergeben. Zu den Angriffen gegen das Offizierkorps könne er nur aufrichtig versichern, das deutsche Heer, wie es stehe, sei ein Heer der Republik. Das alte Offizierkorps habe sich mit großem Pflichtgefühl der Republik für die Neugestaltung des Heeres zur Verfügung gestellt. Wenn die Sozialdemokraten beantragten, sein Gehalt zu streichen, so verstehe er das. Er würde ebenso handeln, wenn er an ihrer Stelle stände. Er wehre sich aber gegen die Behauptung, daß es während seiner fünfjährigen Amtszeit mit der Reichswehr schlechter geworden wäre als vorher. Er trage das Leid des Kollegen Trost in Anspruch, der auch er würd, gern seiner undankbaren Stelle entgehen. Trost habe man in Rußland wiedergeholt. Wenn sie ihn einmal los seien, trügten sie ihn nie wieder.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Bg.) forderte bessere Verordnungsmaßnahmen für die aus der Reichswehr nach zwölf Jahren ausscheidenden Soldaten. Der Abgeordnete meinte weiter, die deutsche Marine dürfe nicht vernachlässigt werden, vor allem zum Schutze des Auslandsdeutschtums und mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Ostsee.

Abg. Voigt (Bayer. Vp.) bedauerte, daß der Druck der Entente, die Rückkehr zu den Idealen des alten Volksheeres mit der allgemeinen Wehrpflicht zu verhindern. Das Fehlen dieses Erziehungsinstrumentes mache es notwendig, auf andere Weise die Jugend zu erziehen.

Abg. von Kamius (Bölk.) erklärte, daß seine Partei den Heeresetat annehmen würde, allerdings nicht etwa um des Reichswehrministers willen, sondern, weil die Völkischen Anhänger des Wehrgebändens seien. Die deutsche Liga für Menschenrechte sollte den Militarismus da bekämpfen, wo fremder Militarismus das Deutschland zu vergewaltigen suche.

Es schloß die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung erklärte u. a. ein Vertreter des Reichswehrministeriums, das Ministerium bemühe sich durch besondere Fürsorge, Offiziere auf allen gangbaren Wegen ebenso wie die ausscheidenden Reichswehrangehörigen als Arbeitskräfte in Industrie und Landwirtschaft unterzubringen.

Abg. Rönneburg (Dem.) verlangt die Einstellung größerer Mittel in den Etat für militärische Heime, Ferienheime und ähnliche Wohlfahrtsanstalten.

Abg. Kühnlich (Soz.) befragte eine Interpellation seiner Fraktion, die sich mit dem Massenmangel der Pioniere auf der Wehr beschäftige.

Wie Reichswehrminister Dr. Gessler in der Erwiderung ausführte, hat die Heeresleitung sofort alle Schritte getan, um die Ursache der Katastrophe aufzuklären. Im Juni werde in öffentlicher Verhandlung vor dem Schöffengericht die Schuldfrage untersucht werden. Der grundsätzliche Fehler der Pionierbestimmung sei der, daß sie nur eingestellt war für den Kriegsfall, wo man mehr riskieren müsse wie bei Friedensübungen. Nach dem Unglücksfall sei die Bestimmung sofort revidiert und weitere Sicherheiten und Schutzvorschriften aufgenommen worden.

Abg. Neubauer (Komm.) sieht in dem Unglücksfall eine Folgeerscheinung der Leichtfertigkeit, mit der nach seiner Meinung bei der Reichswehr mit dem Leben der Soldaten umgegangen würde.

Abg. Brüninghaus (D. V.) meinte, es gehöre ein hohes Maß politischer Geschmackslosigkeit dazu, auch so traurige Vorfälle zu politischer Agitation auszunutzen.

Reichswehrminister Dr. Gessler bestritt auf Grund der gerichtlichen Nachprüfungen die Behauptung, daß mit scharfen Minen erziert worden sei.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Schmidt-Hannover (Dm.) und Dr. Häbel (Komm.) erklärt der Reichswehrminister, daß in dem Gerichtsverfahren kein Soldat, sondern nur der die Übung leitende Offizier beschuldigt ist.

Abg. Künstler (Soz.) verwies auf die in der französischen Kammerdebatte von Herriot gemachten Angaben über die deutschen Verfehlungen und fragte den Minister, ob er nicht schon jetzt auf diese Behauptungen antworten wolle. Der Redner beantragte weiter die Streichung der für die Beschaffung neuer Gasmasken ausgegebenen Mittel, die gegen die modernen Giftgase doch kein Schutz seien.

Reichswehrminister Dr. Gessler lehnte es ab, schon jetzt auf die Kammerdebatte von Herriot zu antworten. Deutschland habe in Genf die Ausschaltung der Giftgase im Kriege bestimmt. Solange die übrigen Staaten diesem Antrag nicht zustimmen, müsse die deutsche Reichswehr wenigstens das Abwehrmittel der Gasmaske haben.

Der eigentliche Reichswehretat ist damit erledigt. Die Beratung des Marineetat wurde auf Dienstag, den 9. Juni vertagt.

Mit Pfingstferien für die Abgeordneten schloß Präsident Lobe die Sitzung.

## Reichstagsbesuch in Köln.

Der Astenrat des Reichstages hat beschlossen, daß der Einladung der Rheinlande zur Fahrt nach Köln am 20. Juni von einer Deputation von 28 Mitgliedern, in der das Präsidium und alle Parteien vertreten sein werden, Folge geleistet werden soll.

Risgebiet oder einer Aktion konnte keine Rede sein, da die Uergahlinie nach den bestehenden Verträgen in die französische Zone falle.

In der heutigen Kammer Sitzung ergriff auch Ministerpräsident Painlevé das Wort, um über die Marokkopolitik zu sprechen. Er sagte u. a.: Wir haben unter keiner Regierung jemals außerhalb der Grenzen gekämpft, die uns durch die Verträge eingetand sind, sondern um angegriffene Stellen, die sich innerhalb dieser Grenzen befinden. Die Haltung der Kommunisten ist sehr stark zu tabeln, denn ihre verabscheuungswürdige Propaganda kann nur die Feindseligkeiten verlängern. Kein Franzose darf in eine Politik der Aufgabe einwilligen, die unser Kolonialwerk kompromittieren würde. Frankreich befindet sich dort unten, um seine volle Pflicht zu tun. Spanien erkennt in loyalster Weise an, daß wir die Verträge, auf denen die Staatsautorität beruht, respektiert haben. Im Verlaufe seiner Rede führte der Ministerpräsident weiter aus, Frankreich sei bereit, den Rüstungen bei der Hebung ihrer Bodenschätze zu helfen und ihnen in der französischen Zone gewisse Rechte einzuräumen. Frankreich dulde aber nicht, daß sie stehlen und plündern. Der Triumph Abd el Krims würde nicht der einer freien Nation sein, denn die Risfbewegung sei nicht von nationalen Gefühlen getragen. Er würde vielmehr den Kampf der Anarchie über die Zivilisation und einen Rückschritt in die barbarische Vergangenheit bedeuten. Auf die Anfrage eines kom-

munistischen Abgeordneten erklärte Painlevé er könne über die Stärke der französischen Armee in Marokko keine Angaben machen. Was die französischen Verluste anbelange, so betrügen sie seit Beginn der Operation ungefähr 400 Tote, davon 315 Eingeborene, 1100 Verwundete und 35 Vermisste.

Der Kammerpräsident forderte die Kammer auf, den französischen Truppen in Marokko Subsidien darzubringen, worauf sich sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme der äußersten Linken erhoben. Rufe auf der Linken: Nieder mit dem Krieg! Painlevé verlas dann Proklamationen Abd el Krims, in denen die Stämme aufgefordert sind, sich gegen die Feinde ihrer Religion zu erheben. Die Verlesung der Proklamation wird von der äußersten Linken mit lebhaftem Händeklatschen begrüßt. Der Kommunist Bertrand enthüllt seinerseits die Tatsache, daß Herriot, der spanische Botschafter und der Generalgouverneur Lyautey im vergangenen Jahre eine Konferenz abgehalten hätten, in der die Ueberbreitung des Uergah durch die französischen Truppen beschlossen worden wäre. Es kommt zu einem scharfen Wortwechsel zwischen dem kommunistischen Abgeordneten und dem Kammerpräsidenten. Bertrand nennt Spanien eine Raubmacht, worauf Herriot bemerkt, man dürfe nicht zulassen, daß eine große befreundete Nation beschimpft werde.